

Pressemitteilung vom 05.04.2022

Versagen der Bundesregierung mit tödlichen Folgen

„Die Vorstellung ist schier unerträglich, dass Afghaninnen und Afghanen, die auf den Schutz der Bundesrepublik vertraut haben, den Taliban zum Opfer gefallen sind, weil trotz eindrücklicher Warnungen zu spät mit Evakuierungen begonnen und an zu bürokratischen Verfahren festgehalten wurde. Doch genau das ist eingetreten: Mehrere Menschen, die eine Aufnahmezusage für Deutschland hatten oder sich noch im Aufnahmeverfahren befanden, sind seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan ums Leben gekommen. Und mehr als die Hälfte derer, die von der Bundesregierung als gefährdet angesehen werden, wurden noch immer nicht in Sicherheit gebracht. 16.000 von 30.000 Personen mit Aufnahmezusage harren weiterhin in Afghanistan oder den Nachbarländern aus. Hier muss endlich entschlossen gehandelt werden“, fordert die fluchtpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Clara Bünger, zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zum Stand der Evakuierungen aus Afghanistan. Bünger weiter:

„Desaströs ist auch die Situation beim Familiennachzug. Fast 5000 Menschen, die wohlgerne das Recht haben, zu ihren engsten Angehörigen nach Deutschland zu kommen, müssen aktuell länger als ein Jahr darauf warten, überhaupt einen Visumsantrag bei der Botschaft stellen zu können. Die Bearbeitungszeiten kommen dann noch oben drauf. Die Bundesregierung muss endlich wirksame Maßnahmen zur Beschleunigung der Familienzusammenführung ergreifen, damit das Recht der Menschen nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch von ihnen wahrgenommen werden kann.

Außerdem müssen Bund und Länder zügig neue Aufnahmeplätze schaffen. Zehntausende gefährdete Afghaninnen und Afghanen haben bislang noch keine Evakuierungszusage erhalten. Ich erwarte, dass die Bundesregierung jetzt zeitnah ein umfassendes Bundesaufnahmeprogramm auf den Weg bringt.“

Clara Bünger
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sprecherin für Flucht- und Rechtspolitik
clara.buenger@bundestag.de
clarabuenger.de

Clara Bünger
Die Linke